

Wahl in der Schweiz

Der ganz normale Rechtspopulismus

Die Schweizer SVP wird von rechten Parteien im Ausland bewundert und nachgeahmt, auch von der deutschen AfD. Nun stehen die Schweizer Rechtspopulisten vor einem Wahlsieg. Eine „Brandmauer“ nach rechts gibt es nicht.

Von JOHANNES RITTER, ZÜRICH



© dpa

Zeigen Flagge: Der SVP-Vorsitzende Marco Chiesa (r.) und sein Stellvertreter Marcel Dettling auf dem Gotthardpass

„Willkommä“ steht auf der Schiefertafel vor der Holzhütte. Am Querbalken über der Hützentür hängen Kuhglocken. Die Tische vor der Tür tragen rot-weiß karierte Decken; Wasser sprudelt in einen Holzbrunnen. Zwei große Sägemehlkreise auf dem Boden deuten aufs Schwingen hin, die Schweizer Variante des Freistilringens. Im Hintergrund hängen zwei riesige quadratische Flaggen mit weißem Kreuz auf rotem Grund. Und dann marschieren mehr als 40 Trychler mit ihren schweren Blechglocken auf, den Trychle, die an beiden Enden des Jochs auf ihren Schultern hängen. Mittendrin lassen vier Männer in Tracht lautstark ihre Peitschen knallen.

All das beschreibt nicht etwa ein Volksfest in einem ländlichen Kanton der Deutschschweiz. Es ist eine Inszenierung inmitten eines betonstrotzenden Zürcher Neubauviertels. Am 22. Oktober wählen die Eidgenossen ihr neues Parlament. Und zum Wahlkampfauftakt lud die

Schweizerische Volkspartei (SVP) ihre Mitglieder und Sympathisanten zu einer großen Show in die Swiss Life Arena ein, die modernste Mehrzweckhalle der Schweiz.

Die rechtspopulistische SVP ist die mit Abstand wählerstärkste Partei der Schweiz. Vor vier Jahren kam sie auf knapp 26 Prozent der Stimmen. Gemäß Umfragen könnten es dieses Mal noch zwei oder drei Prozentpunkte mehr werden. Wegen dieser starken Position wird die SVP von rechten Parteien im Ausland bewundert – und nachgeahmt. Einzelne Wahlkampf motive wie jenes, auf dem ein weißes Schaf ein schwarzes mit den Hinterläufen wegkickt, sind schon oft kopiert worden. „Die Schweiz ist eines unserer Vorbilder“, sagte Björn Höcke, Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen, jüngst in einem Interview mit der Schweizer Zeitung „Blick“.

Genau wie die AfD profitiert die SVP derzeit von der Debatte um den wachsenden Zustrom von Migranten. Sie sieht darin den stärksten Hebel, um in der Gunst der Wähler weiter zuzulegen. Das ist schon am Eingang zur aufwendig installierten Hüttenszenerie in Zürich zu erkennen: „Stopp 10-Millionen-Schweiz“ steht dort auf großen Plakaten geschrieben. Sie nehmen Bezug auf eine aktuelle Volksinitiative der SVP, mit der in der Verfassung verankert werden soll, dass die Bevölkerungszahl die Marke von zehn Millionen nicht überschreiten darf. Dafür müsse notfalls das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU gekündigt werden. Aktuell leben neun Millionen Menschen in der Schweiz.

Mit viel Volkstümelei und Schweizerkreuzfähnchen

Wie die Eidgenossenschaft aus Sicht der volkstümelnden SVP aussehen soll, lässt sich schon vor Beginn der Wahlkampf-Show erkennen. Auf dem betonierte Vorplatz der Veranstaltungshalle spielen Alphornbläser auf, unterstützt von Fahنشwingern in Tracht. Vor einem Essensstand, der in großen Buchstaben „Swiss Food“ verspricht, stehen die Besucher für „Ghackets mit Hörnli“ an; die Portion Rinderhack auf Nudeln kostet 16 Franken. Helfer verschenken Schweizerkreuz-Fähnchen; Mitarbeiter der rechten Zeitschrift „Weltwoche“ verteilen Gratisexemplare und verkaufen Abos zum günstigen Aktionspreis.



© Imago

Wahlplakate in der Schweiz im September 2023

Drinnen in der Halle zieht die Volkspartei ein vierstündiges Programm durch, das von einem ehemaligen SRF-Redakteur und bekennenden SVP-Fan im Stile eines heiteren Unterhaltungsformats moderiert wird. Die Phalanx der SVP-Spitzenpolitiker, darunter amtierende und ehemalige Mitglieder der Mehrparteienregierung in Bern, schießt sich vor allem auf ein Thema ein: die Migration. „Es kommen zu viele und es kommen die falschen Ausländer!“ So lautet das Mantra, das sich durch die Reden zieht und auch den Wahlkampf der Partei dominiert.

Die Politiker wettern gegen „Asylchaos“ und „Asylschmarotzer“ sowie generell gegen die „Classe politique“, wie es Nils Fiechter, Chefstrategie der Jungen SVP, in der Zürcher Halle formuliert. Untermalt von dramatischer Musik, macht er „die Kaste von Berufspolitikern“ in Bern für die „ungebremste Masseneinwanderung“ verantwortlich. Diese Politiker seien schuld, „wenn wir Schweizer Bürger zugunsten von Asylbewerbern aus unseren Wohnungen vertrieben werden und wenn tagtäglich Schweizerinnen und Schweizer angegriffen, ausgeraubt und vergewaltigt werden“. In aggressivem Ton erhebt Fiechter den Wahlkampf zur „Schlacht um die Seele unseres Landes“ und zum „Kampf um unsere Kultur“. Es gelte, den „Frontalangriff auf unsere Identität“ abzuwenden, ruft er den mehr als 4000 SVP-Anhängern zu – und erntet tosenden Applaus.

Inhaltlich folgt der Jungpolitiker damit der Linie, mit der Christoph Blocher die SVP zur stärksten politischen Kraft der Schweiz gemacht hat. Der Milliardär brachte die Schweizer 1992 fast im Alleingang dazu, gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu stimmen. Die Migrationspolitik und die EU sind bis heute seine Kernthemen. Die „Eliten“ und die „Classe politique“ zu verhöhnen ist zu seinem erfolgreichen Dauerbrenner geworden, obwohl Blocher als Unternehmer, Schlossbesitzer und ehemaliger Justizminister selbst Teil dieser Klassen war und ist. „Blocher war Trump vor Trump“, pries Steve Bannon, ehemaliger Propagandastrategie von Donald Trump, vor ein paar Jahren Blochers Vorreiterrolle.

Aus Sicht von Damir Skenderovic, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Fribourg, der seit mehr als zwei Jahrzehnten zur Geschichte der radikalen Rechten forscht, zählt die Schweiz zur Avantgarde auf dem Feld des Rechtspopulismus. Der Nährboden hierfür habe sich aber lange vor Blocher gebildet. „Schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts werden in der Schweiz immer wieder Ängste vor einer angeblich drohenden Überfremdung und dem Verlust der eigenen Identität geschürt, von Behörden, Politikern, Medien, Intellektuellen“, sagt Skenderovic im Gespräch mit der F.A.S.

1970 waren viele Schweizer für Massenabschiebungen

Der Schweizer Historiker erinnert an die „Überfremdungsinitiative“, die der Politiker James Schwarzenbach, eine der ersten rechtspopulistischen Führungsfiguren Nachkriegseuropas, 1970 lancierte. Demnach hätte der Ausländeranteil – damals 17, heute 26 Prozent – auf zehn Prozent gesenkt und hätten 350.000 Personen des Landes verwiesen werden müssen. Obwohl Parlament, Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften geschlossen gegen diese Initiative kämpften und auch zu jener Zeit in der Schweiz Vollbeschäftigung herrschte, scheiterte sie nur knapp: 46 Prozent der Bürger votierten dafür.



© Stefan Boness

Die Parteivorsitzende der AfD, Alice Weidel bei einer Pressekonferenz im Oktober 2023

Dazu schrieb der damalige Schweiz-Korrespondent der F.A.Z. seinerzeit in einem Kommentar: „Nicht zu verkennen ist, dass der Prozentsatz der Unzufriedenen sehr groß ist und dass es eine nicht zu unterschätzende konservative Minderheit gibt, die Heimweh nach einer idyllischen, selbstgenügsamen, sich nach außen abkapselnden Schweiz hat. Sie lassen sich dabei zum Teil von Blut-und-Boden-Ideen leiten, die von manchen Kritikern nicht ganz zu Unrecht als faschistoid bezeichnet werden.“

So wie Anfang der Siebzigerjahre gibt es auch heute Vorbehalte gegenüber Ausländern und Angst vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Im vergangenen Jahr wanderten netto, also

nach Abzug der Auswanderer, 81.000 ausländische Arbeitskräfte in die Schweiz ein. Das ist ein Zuwachs von 32 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und wenigstens teilweise durch pandemiebedingte Aufholeffekte zu erklären. Die SVP spricht indes von 180.000 Zuwanderern, weil sie 75.000 Flüchtlinge aus der Ukraine und 25.000 Asylbewerber mit dazuzählt, obwohl beide Gruppen kein dauerhaftes Bleiberecht haben.

Untersuchungen zeigen, dass Ausländer vor allem die Lücken im Schweizer Arbeitsmarkt schließen und Jobs übernehmen, welche die Eidgenossen nicht machen können oder wollen. Das heißt: Weder drücken die Ausländer das (hohe) Lohnniveau, noch verdrängen sie die Einheimischen von ihren Arbeitsplätzen. Das spiegelt sich auch in der Arbeitslosenquote von aktuell zwei Prozent. Dieser Wert liegt unterhalb der Quote im Jahr 2002, als die Personenfreizügigkeit mit der EU eingeführt wurde.

Seit dieser Zeit stieg das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um mehr als 20 Prozent. Und die Kriminalität hat abgenommen: Im Verlauf der vergangenen zehn Jahre ist die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten um ein Viertel gesunken. Die Kriminalität von Ausländern im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ist leicht zurückgegangen. Das dürfte nicht zuletzt an der guten Integrationsarbeit in den Kantonen liegen. „Ghettos“ wie beispielsweise in Frankreich gibt es in der Schweiz nicht.

Dass trotzdem jeder vierte Schweizer die SVP wählt, erklärt der Historiker Skenderovic mit „Wohlstandschauvinismus“: „Man hat einen gewissen Wohlstand erreicht und zugleich Sorge, dass dieser möglicherweise wieder abhandenkommen könnte.“ Blocher habe es mit seiner SVP zur Meisterschaft gebracht, Verlust- und Abstiegsängste zu schüren. Dazu gehöre, die Schweizer Identität zu beschwören und historisch zu verklären, Ausländer zu Sündenböcken zu machen und die EU zu verteufeln.

Die SVP hat die Grenzen des Sagbaren verschoben

Auf ihrem fremdenfeindlichen Abschottungskurs, der stark damit kontrastiert, dass die exportstarke Schweizer Wirtschaft fast jeden zweiten Franken im Ausland verdient, hat die SVP die Grenze des Sagbaren schrittweise immer weiter nach rechts verschoben. Dies erklärt, warum beispielsweise die reißerischen Äußerungen des SVP-Jungpolitikers Fiechter auf der Wahlkampfveranstaltung in Zürich kaum kritisiert wurden. Oder warum der SVP-Präsident Marco Chiesa in einem Video zum Nationalfeiertag am 1. August ohne jede Scheu zum Widerstand aufrief: „Helfen Sie mit. Jagen Sie mit uns die schädliche Politik der Grünen und Linken in die Luft“, sagte der Tessiner in die Kamera. Dabei hielt er dicke Feuerwerksraketen im Arm. „Aufruf zur Gewalt?“, fragte daraufhin die Direktorin des Bundesamtes für Polizei, Nicoletta della Valle, auf der Plattform LinkedIn. Mehr passierte nicht.



© Imago

Schweizer Wahlplakate im Oktober 2023

Balthasar Glättli, den Präsidenten der Schweizer Grünen, treibt das um: „Wenn SVP-Vertreter die Ausbürgerung krimineller Ausländer fordern oder behaupten, Eingebürgerte seien eigentlich gar keine Schweizer, führt das heute kaum noch zu öffentlicher Empörung“, sagte Glättli dem Schweizer Onlinemagazin „Republik“. Er sprach von einer „Normalisierung von Positionen, die früher als rechtsextrem galten“.

Diese Entwicklung hängt auch mit der Geschichte der Schweiz und deren politischem System zusammen. Die SVP respektive deren Vorläufer, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB), ist schon seit 1929 in der Regierung vertreten. Der Bundesrat, wie die Regierung in Bern heißt, besteht aus sieben Mitgliedern der größten Parteien, die sich irgendwie zusammenraufen müssen. Seit 2003 stellt die SVP zwei der sieben Bundesräte. Radikale Ausschläge nach rechts oder links lassen sich in diesem System nicht durchsetzen. Aber die SVP komplett auszugrenzen ist schwierig, zumal es je nach Sachfrage unterschiedliche Allianzen unter den Bundesratsparteien gibt. Außerdem ist die SVP in zahlreichen Kantons- und Gemeinderegierungen vertreten. Sie gehört also seit Langem zum „normalen“ Erscheinungsbild der politischen Schweiz.

Die starke Integration der SVP hat dazu geführt, dass es nie eine ernsthafte Diskussion darüber gab, ob man mit dieser Partei überhaupt zusammenarbeiten kann“, sagt Skenderovic. Während die AfD in Deutschland von den übrigen Parteien ausgegrenzt werde, habe es einen solchen Sperrgürtel oder „Cordon sanitaire“ in der Schweiz nie gegeben. Zugleich habe sich die SVP systematisch das Instrument der Volksinitiative zunutze gemacht und so insbesondere vor Parlamentswahlen gezielt die eigenen Themen bespielt – so wie auch jetzt mit den Initiativen gegen die Zehn-Millionen-Schweiz und für die strikte Neutralität des Landes.

Zwar bekommt die SVP nur die wenigsten Initiativen beim Volk durch. Aber sie kann sich damit, wie unter Rechtspopulisten üblich, immer wieder als der einzig wahre Interessenvertreter des Volkes inszenieren. Außerdem überspielt die Partei mit ihren

direktdemokratischen Vorstößen die eigene Teilhabe an der Regierung, an deren Arbeit sie in der Regel kein gutes Haar lässt. Sie ist Opposition und Regierungspartei in einem.

„Überlassen wir unser Land den Genderterroristen?“

Viele Schweizer haben kein Verständnis dafür, dass namentlich die CDU der demokratisch gewählten AfD die kalte Schulter zeigt. Die Strategie der Ausgrenzung sei gescheitert, urteilte die „Neue Zürcher Zeitung“ mit Blick auf den hohen Wähleranteil der AfD in Ostdeutschland. Übertrage man dieser Partei hingegen Verantwortung, werde sie sich schnell entzaubern oder mäßigen.



© Huebner

Deutsche Wahlplakate vor den Landtagswahlen im Herbst 2023

Der Populismusforscher Skenderovic sieht das anders: „Die AfD hat seit ihrer Gründung ein Standbein im Rechtsextremismus. Bindet man sie in die Regierungsverantwortung ein, legitimiert man auch deren radikale Positionen. Mäßigen würde sich die Partei dadurch nicht.“ Skenderovic erinnert an Donald Trump. Nach dessen Wahl zum Präsidenten hätten auch viele gedacht, dass er durch das politische System gezähmt werde und sich so im Amt gemäßiger verhalten würde als im Wahlkampf.

Am Ende der großen Show in der Zürcher Swiss Life Arena fasste der SVP-Wahlkampfleiter Marcel Dettling die aus seiner Sicht entscheidenden Fragen zusammen. „Überlassen wir unser Land den Genderterroristen, den Fleisch-Abschaffern und den EU-Turbos? Oder holen wir uns unsere Schweiz zurück?“ Für was die SVP stehe, habe man eindrücklich präsentiert: „Sägemehl statt Gebetsteppich. Bratwurst statt Tofu. Alphüttli statt Wolkenkratzer. Trychler statt Dragqueens. Friedliches Zusammensein statt Randalen.“

Quelle: F.A.S.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2023
Alle Rechte vorbehalten.